

Pressemitteilung 23/2020

München, 21.12.2020

## **Nitrat im Grundwasser: Wenn Karten trügen.**

### **Die Überdüngung landwirtschaftlicher Flächen darf nun ungebremst weitergehen**

„Es wird der Europäischen Kommission nicht gefallen, dass die Nitratwerte in Bayern nur um ca. 1 Prozent gefallen sind, sich die Anteile der bereits verschmutzten Grundwasserkörper nach einer Darstellung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums aber um mehr als 50 Prozent reduziert haben. Das wird man in Brüssel sicher so nicht glauben. Die neue Gebietskulisse für nitratbelastete Gebiete geht an den Bedürfnissen der Verbraucher nach einem verbesserten Grundwasserschutz leider vollkommen vorbei. Auf nur noch 12 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen müssen in Zukunft erhöhte Bewirtschaftungsauflagen eingehalten werden, die eine Überdüngung vermeiden helfen. Die Vorgaben des Bundes in einer neuen einheitlichen Ausführungsrichtlinie sind hier viel zu schwach, um eine Trendumkehr zu erreichen.“, so Gemeindetagspräsident Uwe Brandl.

Die Bundesrepublik ist vom Europäischen Gerichtshof sogar dazu verurteilt worden, das Grundwasser und damit die Grundlage der deutschen Wasserversorgung endlich besser zu schützen. Herausgekommen ist in Bayern eine Karte, bei der sich die schutzwürdigen Gebiete um mehr als 50 Prozent halbiert haben. Die Trinkwasserversorgung ist eine der zentralen Aufgabe der Städte und Gemeinden. Die Vorgaben hierzu folgen der Philosophie: Solange Nitrat aufbringen, bis überall die Grenzwerte erreicht sind. Das ist der falsche Ansatz für einen Schutz des kostbarsten Schatzes unter der Erde.

**Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl:** „Dem Bayerischen Gemeindetag ist an einem guten Miteinander mit der Landwirtschaft gelegen. Das beweisen die Wasserversorger in Bayern vielfach über die freiwilligen Vereinbarungen mit den Landwirten in und um ausgewiesene Wasserschutzgebiete. Es gibt dazu auch zahlreiche Kooperationsprojekte zum Grundwasserschutz. Unsere Vision ist es, dass es der Landwirtschaft zusammen mit den für sie zuständigen Ämtern und Ministerien gelingt, den Grundwasserschutz insgesamt und ohne Grenzwertdiskussion als Ziel einer naturverbundenen Bodenbewirtschaftung von sich aus zu verfolgen. Leider geht die Karte des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums im Rahmen der aktuellen Überarbeitung der Verordnung über besondere Anforderungen an die Düngung (AVDüV) vollkommen am Nitratbericht der Bundesregierung vorbei und erweckt den Eindruck, es könne alles so weitergehen wie bisher.“

Brandl betonte, dass nicht die Landwirte generell in Bayern am Pranger stehen. „Es geht um die schwarzen Schafe, insbesondere in der nahezu industriell arbeitenden Landwirtschaft. Diese werden weiterhin über rechnerische Modellierungen des aufgetragenen Stickstoffs eher gedeckt als aufgedeckt.“

**Pressemitteilung 23/2020**

**München, 21.12.2020**

Brandl gab sich sicher, dass die EU-Kommission die Karten aus Bayern und aus anderen Bundesländern mit all ihren nicht berücksichtigten Brunnen, nicht berücksichtigten Wasserschutzgebieten, nicht berücksichtigten stillgelegten Brunnen und modellierten Ergebnissen so nicht akzeptieren wird. Was von der Landwirtschaftsseite im Augenblick als großer Erfolg gefeiert wird, lässt vollkommen außer Acht, dass das Grundwasser unser wertvollster Rohstoff ist, den es vorausschauend zu schützen gilt.

**Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:**

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags,  
Tel 089 360009 - 30, E-Mail: [wilfried.schober@bay-gemeindetag.de](mailto:wilfried.schober@bay-gemeindetag.de)  
Homepage: [www.bay-gemeindetag.de](http://www.bay-gemeindetag.de)

**Der Bayerische Gemeindetag**

ist der Sprecher von 2.030 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten. Gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und anderen Institutionen vertritt er kraft Verfassung die kommunalen Interessen. Der Verband berät seine Mitglieder umfassend und ist über den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf der Bundesebene sowie über das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel präsent.